



### Strittig

Die Kaselowskystraße steht wieder auf der Agenda. Das ist vielen Politikern überhaupt nicht recht. **Seite 3**



### Steinig

Die Fachhochschule verfällt zusehends und kann doch noch nicht in den Neubau ziehen. **Seite 5**



### Spitzfindig

Nach dem Kolonialschlächter heißt die die Karl-Peters-Straße nicht mehr. Aber auch nur dank eines Tricks. **Seite 7**

# W i e r t e l

Schon bezahlt

Zeitung für Stadtteilkultur und mehr

Nr.24 | März / April 2014

## Integration nach Kassenlage

In der Eisenbahnstraße in Brackwede entsteht eine neue Flüchtlingsunterkunft. Das stößt auf Kritik, weiß Hans-Georg Pütz zu berichten



Die alte Wäschefabrik in der Eisenbahnstraße soll eine neue Zufluchtstätte für Flüchtlinge werden.

Simon Massawa\* ist aus seinem Heimatland Eritrea geflohen. Politische Verfolgung und Folter zwangen ihn, seine Heimat zu verlassen. Er gehört zu der steigenden Zahl von Flüchtlingen, die in der Fremde Asyl suchen.

Nach dem Ratsbeschluss vom November 2013 wird er in naher Zukunft mit allen, der Stadt Bielefeld zugewiesenen Flüchtlingen zentral in der Eisenbahnstraße in Brackwede untergebracht. Das Gebäude, eine ehemalige Wäschefabrik im Besitz der BGW, soll so umgebaut werden, dass es in 31 renovierten Wohnungen bis zu 183 Flüchtlingen Zuflucht bietet. Darüber hinaus sind Räume für die Heimaufsicht, zwei zusätzliche Sozialarbeiter sowie Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche vorgesehen. Gleichzeitig sollen die alten, überholungsbedürftigen Flüchtlingsunterkünfte in der Teichsheidestraße und am Stadtring aufgegeben werden. Doch schon im Vorfeld der Ratsentscheidung hagelte es Kritik.

### »Keine weitere Unruhe«

Der Brackweder CDU-Fraktionschef Carsten Krumhöfner ist der Meinung, dass 183 Menschen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen in einem Gebäude unterzubringen nicht funktionieren könne. »Wir

sollten durch eine Ansiedlung des Flüchtlingsheims an dieser Stelle keine weitere Unruhe in dieses ohnehin schon belastete Viertel bringen«, gibt Krumhöfner zu bedenken. »So schaffen wir uns neue Brennpunkte«, glaubt auch Detlef Helling und weiß einen von allen Parteien in der Bezirksvertretung Brackwede getragenen Beschluss hinter sich. Die CDU plädiert für ein flüchtlingspolitisches Gesamtkonzept unter Beibehaltung der alten Standorte sowie dezentraler Unterbringung. Und verweigerte die Zustimmung zur Eisenbahnstraße.

Lisa Ratsmann-Kronshage von den Grünen zeigte sich ob der Kritik entsetzt: »Anstatt über vermeintliche Belastungen eines Stadtteils durch Flüchtlinge zu sprechen, sollte den Menschen die Möglichkeit gegeben werden, hier Fuß zu fassen.«

Auch SPD-Ratsfrau Karin Schrader konterte: »Natürlich ist eine dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge wünschenswert. Wahr ist aber auch, dass wir in Bielefeld keinen passenden Wohnraum dafür finden.« Wenigstens nicht im wünschenswerten Umfang. Im Jahre 2012 beispielsweise wurden Bielefeld 287 Flüchtlinge zugewiesen. Gleichzeitig konnten immerhin 107 aus Übergangswohnheimen in Wohnungen vermittelt werden.

Auch von der Partei »Die Linke« gibt es Kritik an der neuen Flüchtlingsunterkunft. Zwar ist Ratsherr Dirk Schmitz nicht gegen den Ausbau des Übergangswohnheims in der Eisenbahnstraße, plädiert aber für die zusätzliche Renovierung des bisherigen Asylheims in der Teichsheidestraße. »Es geht vor allem darum, dass in der Nachbarschaft der Teichsheidestraße ein seit Jahren gut funktionierendes soziales Netzwerk für Flüchtlinge existiert, das damit zerschlagen wird.«

Das ist aber der Ampelkoalition – angesichts der Haushaltslage – zu teuer. Spart doch die Stadt beim neuen Standort Eisenbahnstraße durch eine zentrale Bewirtschaftung sogar noch Geld. Vorausgesetzt, die beiden älteren Standorte werden aufgegeben.

### Stadt kauft sich davon frei, Flüchtlinge langfristig aufzunehmen

Überhaupt, das liebe Geld. Wegen der zu erwartenden höheren Zahl von Flüchtlingen hat das Land NRW der Stadt Bielefeld angeboten, die Kapazitäten für die Erstaufnahme auf 450 Plätze zu erweitern. Bielefeld will dieses Angebot annehmen. Denn die 450 Plätze werden auf die Gesamtaufnahmequote der Stadt im Verhältnis eins zu eins angerechnet. Was bedeutet, dass der Stadt weniger Flüchtlinge zugewiesen werden. Die Stadt Bielefeld erhofft sich dadurch, Integrationskosten zu sparen. Denn die Flüchtlinge in der Erstaufnahme verweilen nur kurze Zeit hier. »Die Stadt Bielefeld kauft sich davon frei, Flüchtlinge aufzunehmen, die durch eine Zuweisung, beziehungsweise Umverteilung, langfristig in Bielefeld bleiben. Für eine Stadt, die sich die Integration auf die Fahnen schreibt, ist das ein Armutszeugnis«, findet Kathrin Dallwitz vom AK Asyl.

Zur Zeit läuft die Ausschreibung für »die Bereitstellung und den Betrieb einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende« durch die Stadt Bielefeld. Denn die derzeitige Erstaufnahmeeinrichtung im »Hotel Südring« an der Gütersloher Straße, die von einem privaten Unternehmen betrieben wird, hat nur eine Kapazität von 250 Betten. Von menschenwürdigen Wohnverhältnissen und Möglichkeiten, sich von den Strapazen der Flucht zu erholen und parallel Beratung über das Asylverfahren zu erhalten, kann hier nicht gesprochen werden.

\* Name geändert

### » wörter davor

## Zumutbare Straßen

Von »lokalpolitische Zumutungen« hatte unser Gastautor Sebastian Lemme geschrieben. Im Text ist diese Formulierung leider dem Überarbeitungsprozess zum Opfer gefallen. Aber hier soll sie ihren Platz bekommen. Denn sie beschreibt treffend, was die Diskussion um zwei Straßennamen für manche Menschen in dieser Stadt sind, die wir in dieser Ausgabe thematisieren: lokalpolitische Zumutungen.



Die eine ist die Kaselowskystraße. Die ist wieder in die Diskussion gekommen, seit eine Studie die Rolle Dr. Oetkers und seines Stiefvaters Richard Kaselowsky im Nationalsozialismus umfassend dargestellt hat. Die einen halten es für eine Zumutung, dass eine Straße in Bielefeld nach einem Nazi benannt ist. Die anderen meinen, dass Sie ja nur nach der Familie benannt ist und wollen lieber keine Diskussion. Erst recht nicht im Kommunalwahlkampf.

Die andere ist die Karl-Peters-Straße. Wer denn mit der Benennung geehrt wird, wurde vor einigen Jahren in Stieghorst diskutiert. Weil Erinnern manchmal hilft, blicken wir angesichts der aktuellen auf die damalige Auseinandersetzung zurück. Übrigens attestiert unser Gastautor Sebastian Lemme den damals Beteiligten »Geschichtsvergessenheit«.

Über eine dritte Straße können wir dagegen Positives berichten: Die Stapenhorststraße ist für LKW gesperrt. Dadurch sinkt die Belastung mit Stickstoffdioxid auf ein zumutbares Maß. Dass die Bewohner des Viertels das Frühjahr so noch besser genießen können, etwa im frisch aufgehübschten Bürgerpark (nicht Oetkerpark!),

wünscht für die Redaktion,  
Mario A. Sarcletti

### » vorlaut

## Nachhaltigkeit

Die Universitätsgesellschaft hat Preise für die besten Doktorarbeiten vergeben. Doch nicht die Themen der Doktorarbeiten teilt sie mit, sondern nur die Namen der Preisträger und Sponsoren. So wurde etwa der Preisträger im Fach Biologie von der Brauerei Barre gesponsert und der Preisträger im Fach Jura von der Gerry Weber AG. Wäre es nicht viel nachhaltiger, wenn sich die Fakultät für Biologie auf Kosten von Barre einen hinter die Binde kippt und die Juristen sich bei Gerry Weber aufbretzeln lassen?